

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Startschuss zu politischen Debatten um Verantwortungseigentum**

#### **Grünen-Chef Robert Habeck sieht gute Chancen für eine neue Rechtsform – Auseinandersetzung mit Kritikerinnen und Kritikern in Diskussion bei der Mittelstandsunion**

Berlin, 23. April 2021: In gleich zwei politischen Online-Veranstaltungen sind am Mittwoch, 21. April, und Donnerstag, 22. April, die Vorteile und der Bedarf nach einer neuen Rechtsform für Verantwortungseigentum beziehungsweise treuhändisches Eigentum erörtert worden. Große Faszination für dieses nachhaltige Konzept einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen, das dem Familienunternehmen sehr ähnlich ist, traf auf Kritik. [Weitere Veranstaltungen sind in Planung.](#)

Bei einer Diskussionsrunde der GLS-Bank betonte Dr. Robert Habeck, Co-Parteichef von Bündnis90/Die Grünen, die „politische Kraft“ des Konzepts. Die Grundidee eines auf Langfristigkeit angelegten Unternehmertums werde seit Jahrhunderten gelebt – und sei konservativ und zukunftsweisend zugleich, so Habeck. „Tradition und Zukunft zusammenzubringen, das ist ein guter Denkansatz.“

#### **Grünen haben Forderung ins Wahlprogramm aufgenommen**

Die Chancen, „dass in der nächsten Legislaturperiode dann endlich die gesetzlichen Veränderungen“ kämen, stünden gut, so Habeck. Auf die Frage von Moderatorin Janine Steeger, wie stark er persönlich sich bei den möglichen Koalitionsverhandlungen im Herbst dafür einsetzen werde, wollte Habeck zwar keine Versprechungen machen, sagte aber auch: „Natürlich wird das ein Punkt sein, der mit aufs Tableau kommt.“

Die Grünen haben die Forderung nach einer neuen Rechtsform, die nunmehr seit einigen Monaten breit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, [in ihr Wahlprogramm aufgenommen](#). Habeck sagte, er halte es für eine gute Idee, die Verantwortung an die im Unternehmen aktiven Menschen zu koppeln. Das können Menschen aus Familie sein, müssen es aber nicht.

#### **Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann: GmbH-gebV wäre „sinnvolle Reform“**

Zentrales Element der zur Debatte stehenden [„Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“](#) (GmbH-gebV) ist eine Vermögensbindung (auch „Asset-Lock“ genannt), bei der das Unternehmensvermögen wie auch erwirtschaftete Gewinne stets der langfristigen Unternehmensentwicklung dienen und einen persönlichen Zugriff durch die Eigentümer:innen ausschließen. Sie werden stattdessen beispielsweise reinvestiert, für

bessere Gehälter genutzt, als Rücklage für Krisenzeiten – oder auch gemeinnützig gespendet. Ein entsprechender Gesetzentwurf, ausgearbeitet von fünf renommierten Rechts-Professoren und einem Anwalt, [liegt bereits in überarbeiteter Fassung vor](#). Habeck lobte den Umgang der Initiatoren mit der Kritik, die das Vorhaben neben einigem Lob teilweise auf sich zog. Er fände es „beeindruckend, dass man nochmal einen Restart gemacht hat und auf höchstem wissenschaftlichen Niveau ausgearbeitet hat. Mehr Vorarbeit kann man nicht machen, der Rest ist dann politische Entscheidungsfindung.“

In der weitergehenden Diskussion gab sodann Ulrike Herrmann, Wirtschaftskorrespondentin der taz, stellenweise den, wie sie selbst sagte, „Advocatus Diaboli“, stellte einige kritische Nachfragen und wies auf die Notwendigkeit hin, im ökonomischen Wettbewerb bestehen zu müssen. Armin Steuernagel, Vorstand und Mitgründer der Stiftung Verantwortungseigentum, konterte mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Dänemark, wo sich herausgestellt hat, dass Unternehmen in Verantwortungseigentum, sich als wesentlich langlebiger und resilienter erwiesen haben als ihre Konkurrenz. Ulrike Herrmann lobte das Konzept grundsätzlich ebenfalls. Ihre politische Einschätzung: „Ich glaube die Chancen sind hoch, dass das was wird. Ich finde das auch eine sehr sinnvolle Reform.“

### **Unternehmer:innen schildern Bedarf: Unternehmen sollen „nicht zu Spekulationsgut“ werden können**

Aus unternehmerischer Perspektive erläuterten Katharina Hupfer vom nachhaltigen Online-Versandhaus Waschbär, Philip Siefer vom ökologischen Kondom- und Periodenprodukte-Hersteller Einhorn und Christian Kroll von der grünen Suchmaschine Ecosia, warum sie zu Verantwortungseigentümerinnen und Verantwortungseigentümern geworden sind.

Katharina Hupfer betonte den Wert dieser Eigentumsform für die langfristige und unternehmerisch nachhaltige Ausrichtung ihres Unternehmens. Waschbär gehe es seit Gründung darum, „im Einklang mit Mensch und Natur zu wirtschaften“, so Hupfer. Damit dies kein „Lippenbekenntnis“ bleibe, habe man das 2017 mit der Umwandlung in Verantwortungseigentum untermauert. „Mich treibt die Idee eines nachhaltigen Wirtschaftens an – und deshalb hat mich die Idee fasziniert, auch die Unternehmensnachfolge nachhaltig zu gestalten.“ Ziel des Ganzen sei, dass der „Sinn von Waschbär generationsübergreifend weiterleben kann und dass das Unternehmen nicht zum Spekulationsgut wird.“ Denn neben der Vermögensbindung erlaubt es Verantwortungseigentum, das Unternehmen sozusagen innerhalb einer Werte- und Fähigkeiten-Familie weiterzugeben. Für tausende ungeklärte Unternehmensnachfolgen könnte in Deutschland so im Sinne eines unternehmerisch nachhaltigen und selbstständigen Unternehmertums eine langfristig zukunftssichere Lösung angeboten werden.

Doch der Zugang zu dieser Form von Eigentum ist nicht einfach, wie Philip Siefer betonte: Einhorn habe Verantwortungseigentum mithilfe eines rechtlichen „Hacks“ umgesetzt. „Leider gibt es ja noch keine richtige Rechtsform. Aber dafür kämpfen wir!“ [Ein Verweis auf die im vergangenen Oktober an die große Koalition übergebene Forderung](#), eine Rechtsform für Verantwortungseigentum einzuführen. Nahezu 1000 Unternehmer:innen, darunter bekannte Namen wie Otto oder Ritter, haben den [Aufruf bis heute unterschrieben](#). Siefers unternehmerische Motivation für die Sache: Einhorn habe es dank Verantwortungseigentum

geschafft, noch mehr „so eine Art Familie im Geiste zu sein im Unternehmen“ und sich noch stärker in Richtung Sinnorientierung aufzustellen.

Auch Christian Kroll, der mit Ecosia die größte Suchmaschine Europas betreibt und von den Gewinnen weltweit Bäume pflanzt, beklagte den Mangel an rechtlichen Möglichkeiten. Mit Ecosia habe er eine „Entdeckungsreise durch das deutsche Gesellschaftsrecht“ hinter sich gebracht und „viel Geld für Anwälte ausgegeben“, ohne fündig zu werden. Und: „Wir wollen lieber mit dem Geld Bäume pflanzen als Anwälte bezahlen. Deswegen hatten wir da wirklich eine große Frustration irgendwann.“ Auch Ecosia habe dann Verantwortungseigentum nur mit einer Art „Zwischenlösung“ umgesetzt – denn die passende Rechtsform gebe es noch nicht.

Der Bedarf sei dagegen riesig: Kroll berichtete von den typischen Bestrebungen der Start-up-Welt, „so ein Unternehmen wie Ecosia ... einfach wegzukaufen. Genau das wollte ich auch verhindern. Das heißt, dieses Versprechen abzugeben: Es geht kein Geld raus, es geht darum, den maximal positiven Beitrag zum Klima zu leisten – und es bleibt ein unabhängiges Unternehmen.“

### **Wettbewerbsvorteil: größere Zufriedenheit bei Mitarbeiter:innen**

Einmütigkeit herrschte bei der Einsicht, dass treuhändisch geführte Unternehmen mit einer weitaus größeren Zufriedenheit bei den Mitarbeiter:innen punkten können. Christian Kroll berichtete dies aus eigener Anschauung: die Motivation im Team sei mit der Umwandlung der Eigentumsverhältnisse erheblich gestiegen, denn vorher habe es immer ein „Hintertürchen“ gegeben, das Unternehmen eben doch zum eigenen finanziellen Vorteil zu verkaufen. Dies habe er nun geschlossen.

Robert Habeck jedenfalls haben diese Argumente überzeugt: „Zufriedene Menschen in einer nachhaltigen Gesellschaft – welcher Politiker könnte sich dagegen aussprechen?“, fragte er rhetorisch.

### **Gegenwind bei der Mittelstandsunion**

Doch es gibt auch Gegenstimmen. Am Donnerstag ging die Debatte in einem anderen Setting in die nächste Runde. Schon der Name der Veranstaltung versprach Spannung: „Eigentum – Verantwortung – Unternehmensnachfolge. Brauchen wir eine Alternative zum klassischen Familienunternehmen?“ nannte die Mittelstand- und Wirtschaftsunion (MIT) den Abend und lud hochkarätige Gäste ein.

Mit Prof. Dr. Götz T. Wiese führte der Hamburger Abgeordnete und Landesvorsitzende des CDU-nahen Verbunds von Unternehmer:innen durch den Abend mit Start-up-Gründerin und Digitalisierungsexpertin Verena Pausder, Ulrich Herfurth vom Verband der Familienunternehmer sowie Prof. Dr. Birgit Weitemeyer, Direktorin des Instituts für Stiftungsrecht und Steuerrechtlerin an der Bucerius Law School in Hamburg, der unter anderem die Frage beantworten sollte, welche Mehrwerte Verantwortungseigentum für die KMU bringen kann.

Darauf hatte Stiftungsvorstand Armin Steuernagel eine klare Antwort: „Wir wollen eine Alternative zum klassischen Exit anbieten, um einen neuen Mittelstand aufzubauen. Und auch der heutige Mittelstand braucht ergänzende Nachfolgeregelungen. Deshalb wollen wir

die Möglichkeit geben, den Familienbegriff zu erweitern.“ Treuhändisches Eigentum biete eine zusätzliche einfache Nachfolgeregelung, zudem liege in der Vermögensbindung ein großes Potential für langfristig nachhaltige Unternehmensentwicklung.

Ulrich Herfurth vom Verband der Familienunternehmer sah die Sache kritisch und betonte die Stärken klassischer Familienunternehmen, für die Wettbewerb, Eigentum und Verantwortung eng miteinander verbunden seien. Unternehmer seien Menschen, „die mit eigenem Geld reingehen“. Nur diese Verbindung schaffe „ein generationsübergreifendes Denken und Handeln“. Damit sprach er Verantwortungseigentümer:innen den Rang selbstständigen Unternehmertums ab.

Die renommierte Buchautorin und Mehrfachgründerin Verena Pausder vertrat dagegen die Auffassung, dass man auch in einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen Eigentümerin oder Eigentümer sei. Sie habe ein „großes Problem mit der Aussage, dass Unternehmerinnen und Unternehmer nur mit eigenem Geld arbeiten könnten“. Das hieße, so Pausder, dass man dafür ja schon Geld bräuchte oder in einer wohlhabenden Familie aufgewachsen sein müsse. Das mache den Marktzugang für Gründer:innen natürlich schwieriger und abhängig von eher renditeorientierten Venture-Capital-Investoren. Die gleiche Problematik stellt sich auch bei Nachfolgen außerhalb der genetischen Familie, wenn sich neue Eigentümer ins Unternehmen erst einkaufen müssen.

### **Angst vor Neuem? Namhafte Ökonomen sehen jedenfalls keine „ordnungspolitischen Schwierigkeiten“**

Gegenwind kam auch erneut von Birgit Weitemeyer, die die Initiative schon seit längerem kritisch beäugt. Sie halte die vorgeschlagene Rechtsform für „gefährlich“, da man nicht wisse, „was in tausend Jahren ist“. Eine mit dem Asset-Lock verbundene „Ewigkeitsklausel“ berge „ordnungspolitische Schwierigkeiten“. Außerdem böte das Stiftungsrecht einfachere Möglichkeiten, dasselbe Ziel zu erreichen. Diesem Missverständnis, dass mit Verantwortungseigentum quasi unflexible und eigentümerlose Zombieunternehmen geschaffen würden, trat Armin Steuernagel entgegen: „Wir wollen flexible Unternehmensformen mit Gestaltungsrechten und wirtschaftlichem Erfolg.“ Er verwies dabei auf die erfolgreichen dänischen Vorbilder wie Novo Nordisk oder Carlsberg, aber auch Bosch und Zeiss.

Angst davor, dass etwas Neues entsteht. Mit diesen Worten fasste Verena Pausder schließlich die Kritik am Modell zusammen. So konnte am Ende zwar keine Einigkeit erzielt werden, aber alle lobten die Möglichkeit des kritischen Austauschs und wollen auch weiterhin im Gespräch bleiben, um Wettbewerb und Unternehmertum im Sinne eines langfristigen wirtschaftlichen Erfolgs zu fördern. Eine zusätzliche Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen nimmt – so wie es auch Lars Feld, bis Februar Chef der sogenannten Wirtschaftsweisen, und der Ökonom Bruno Frey kürzlich in einem Gastbeitrag für die WELT schrieben – schließlich niemandem etwas weg: „Die unternehmerische Freiheit in Bezug auf die Wahl von Unternehmens- und Rechtsformen wird erweitert. Das ist aus ordnungspolitischer Sicht zu befürworten.“

Die spannende MIT-Veranstaltung, die aufgrund der leidenschaftlich geführten Debatte sogar um eine halbe Stunde überzogen wurde, sollte eigentlich live auf der [Facebook-Seite](#)

[der MIT Hamburg](#) gestreamt werden – da dies aus technischen Gründen nicht funktionierte, soll sie laut MIT zeitnah dort und auch auf der MIT-Webseite veröffentlicht werden.

## Weitere Informationen

Über das Thema Verantwortungseigentum und den Gesetzentwurf ist bereits breit berichtet worden, beispielsweise [auf einer ganzen Seite in der FAZ](#), in einem großen [Gastbeitrag der Wirtschaftsprofessoren Bruno Frey und Lars Feld in der WELT](#), außerdem in der [Süddeutschen Zeitung](#), auf der Titelseite des [Handelsblatts](#), im [Spiegel](#) und vielen mehr.

## Presse-Kontakt

Dr. Christoph Bietz

Leiter Kommunikation & PR  
Stiftung Verantwortungseigentum

mobil: 01525-3461917

mail: [presse@stiftung-verantwortungseigentum.de](mailto:presse@stiftung-verantwortungseigentum.de)

Unsere Pressemappe finden Sie [HIER](#).

[www.stiftung-verantwortungseigentum/presse](http://www.stiftung-verantwortungseigentum/presse)

Twitter: <https://twitter.com/stiftungve>